

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch

- Mitglied «Die Mitte» (www.die-mitte.ch)
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Buchbesprechungen ersetzen nicht die Lektüre des Originals. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammenhänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

Highway to hell: Mehrausgaben -> mehr Steuern -> mehr Schulden -> Inflation

In Anlehnung an ein Bonmot des britischen Kriegspremiers Winston Churchill: Wir erhalten seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, in erschreckendem Ausmass Anschauungsunterricht, dass die Politiker erstmal alles Falsche ausprobieren, bevor sie dann (hoffentlich) das Richtige tun.

Aktuell versuchen die Notenbanken verzweifelt, Inflation zu schaffen. Dies ist der letzte Schritt einer langen Reihe von Fehlritten. Wenn liberale Politiker die Wahl haben, dann gilt: anstelle von **Inflation** bevorzugen wir **höhere Schulden**, anstelle von höheren Schulden bevorzugen wir **höhere Steuern**, anstelle von höheren Steuern bevorzugen wir vor allem eines: **Ausgaben- und Steuersenkungen!**

Memorieren Sie sich also; ausgabenseitig: Ausgabensenkungen bis das Budget im Lot ist.

Wenn das nicht geht: «Einnahmen»-seitig:

- 1. Höhere Steuern**
- 2. Höhere Schulden**
- 3. Inflation**

Doch beginnen wir beim aktuellen Zustand:

1. Inflation: Wenn die Politiker und willfähige Notenbanker keine Hemmungen haben inflationieren sie, um entweder bestehende Staatsschulden wegzuzaubern oder aktuelle Ausgaben, welche nicht durch Steuern gedeckt werden können, zu finanzieren. Inflation ist die schlimmste aller Finanzpolitiken:

- a) sie ist asozial, weil die Reichen einerseits bessere Möglichkeiten haben, ihren Reichtum in inhärent inflationsgeschützten Aktien und Liegenschaften anzulegen und andererseits allfällige festverzinsliche Schulden durch die Inflation weggezaubert werden. Den Ärmern steht beides kaum zur Verfügung – Kredite bekommen sie ja kaum.
- b) Schlimmer als obige direkten Auswirkungen ist aber der Vertrauensverlust in die Währung.
- c) In der Schweiz kann unsere Nationalbank bei der heutigen weltweiten Finanzarchitektur nicht alleine aus dieser Geldschwemme aussteigen. Auf

Bundesebene wäre aber angebracht, bei den Vorsorgerichtlinien eine Aufweichung der Kriterien zuzulassen, damit mehr Geld in Aktien investiert werden kann. Auch die Möglichkeit des Vorbezugs zur Finanzierung der eigenen Immobilien (Mehrzahl – also nicht nur selbstgenutzt) ist eine gute Sache und sollte eher ausgebaut anstatt eingeeengt werden.

- d) Seien Sie sich auch bewusst, dass gewöhnlich der Konsumentenpreisindex als Masstab für Inflation dient. Das hat sozialpolitisch eine gewisse Berechtigung. Volkswirtschaftlich ist es aber unvollständig. Wichtigste Güter und Dienstleistungen sind hier ausgeschlossen, zum Beispiel Aktien (und damit Unternehmen) und Liegenschaften. Dort hat aber eine rein durch die Geldpolitik hervorgerufene Preissteigerung ohne realwirtschaftliche Grundlage stattgefunden. Die österreichische Schule der Nationalökonomie fasst die Inflation breiter und spricht ganz klar davon, dass wir aktuell sehr hohe Inflation haben. Aber die aktuelle Inflation geht nicht entsprechend in eine höhere nominale Wirtschaftsleistung ein, womit die Schulden im Verhältnis zur Wirtschaftskraft *nicht* abnehmen.
- e) Eine gute Zusammenfassung zu den Folgen von Inflation finden Sie hier: www.nzz.ch/meinung/die-linke-ist-blind-fuer-inflation-sie-schadet-damit-jenen-die-sie-angeblich-vertritt-ld.1656750?

2. Höhere Schulden: Natürlich sind wir *gegen höhere Schulden*, denn

- a) diese engen wegen der Zinsen den Spielraum bereits für uns in der Zukunft ein,
- b) verschieben Lasten von den aktuellen Generationen auf die zukünftigen Generationen.

Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen! Aber all das ist immer noch besser als unehrliche Inflation, bei der das Vertrauen in die Währung verloren geht.

3. Höhere Steuern: Wenn man nur noch die Wahl hat zwischen höheren Schulden oder höheren Steuern, bevorzugen wir höhere Steuern. Wenn die heutigen Generationen schon Leistungen des Staates beziehen, sollen sie gefälligst selber dafür zahlen, statt die Kosten auf zukünftige Generationen zu überwälzen.

In *minimalem (!) Ausmass* kann man die Steuern senken und dann Defizite und Schulden nutzen, um den Staat zum sparen zu zwingen. In dem Sinne kann man die letzten zwei Punkte aufweichen.

Allgemein gilt bei Steuern: so tief wie möglich - so hoch wie nötig!

4. Ausgaben- und Steuersenkungen: Zu guter Letzt bevorzugen wir selbstverständlich vor allem eines: tiefere Ausgaben, damit das Budget im Lot ist und die Steuern nicht erhöht werden müssen (und die Schulden nicht wachsen) und im besten Fall sogar Steuersenkungen und Schuldenabbau.

- a) Wir möchten möglichst viel Freiheit und nur das Minimum kollektiv durch den Staat geregelt sehen.
- b) Damit behalten Privatpersonen und Firmen, welche mit Geld umgehen können, das eigene Geld zur eigenen Verfügung weiter.

Das Geld gehört erstmal den Bürgerinnen und Bürgern und nicht den Politikern. Wenn ein Budget also (wieder) durch Einsparungen im Lot ist, sind die Steuern zu senken. Die Steuersenkungen sind dabei nur soweit vorzunehmen, dass ein leichtes Defizit entsteht. Dieses kann dann in den kommenden Jahren durch Sparen wieder abgebaut werden. Die Brachialstrategie, dass die Steuern um 20 % gesenkt werden und der Staat so zum sparen gezwungen wird, funktioniert nicht!

Zu guter Letzt: diverse empirische Studien (Economist 2013, S. 16, No 8973) zeigen einen Zusammenhang auf zwischen steigenden Staatsausgaben, steigender Steuer- und Abgabenlast und steigender Staatsverschuldung auf der einen Seite und schwachem Wirtschaftswachstum auf der anderen Seite: «Eine Zunahme der Steuereinnahmen um einen Anteil von 10 Prozent des BIP hängt meist mit einem Rückgang der jährlichen Wachstumsrate von 0.5 bis 1 Prozent zusammen».